

Projekt: **VWA**
Thema: **WS 04/05**

Empfänger:
Absender: **Dittmar Nagel**

Anlage-Datum: **20.10.2004**
Status-Datum: **05.11.2004**

Gutmann, #14

Allgemeine Wirtschaftspolitik I

(Allgemeine Grundlagen und Ordnungspolitik I)

13.10.2004

Literatur

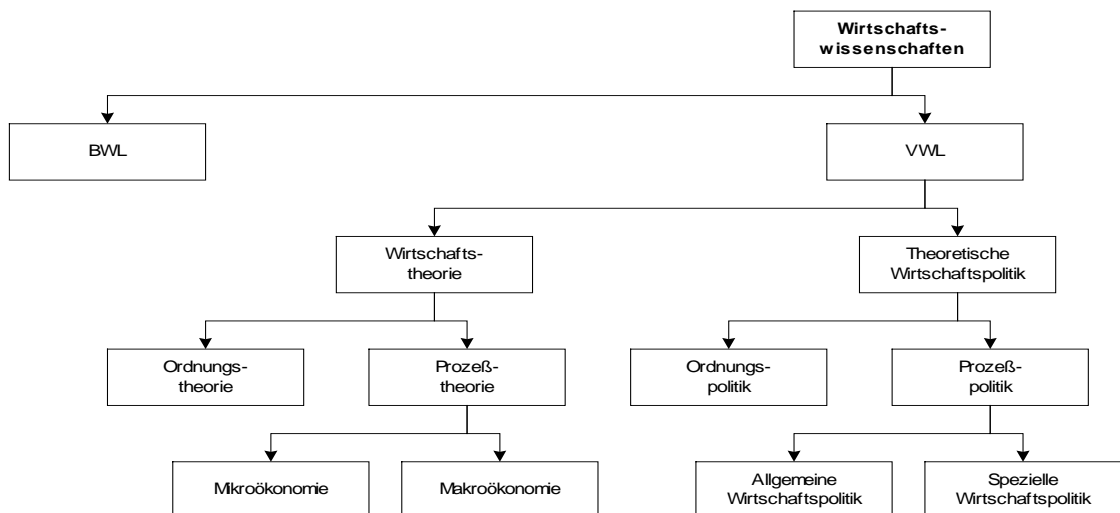
- Otmar Issing: „Allg. Wirtschaftspolitik“, München 1993 („Büchlein“)
- Heinz Lampert: „Die Wirtschafts- und Sozialordnung der BRD“, München, Landsberg, 1997
- Eduard Mändle: „Prakt. Wirtschaftspolitik“, 1997
- Ullrich Teichmann: „Wirtschaftspolitik“
- Gerhard Mussel, Jürgen Pätzold: „Grundfragen der Wirtschaftspolitik“, München, 1998
- Gernot Gutmann: „VWL - eine ordnungstheoretische Einführung“, 5. Aufl. 1993
- K. Paul Hense: „Grundformen der Wirtschaftsordnung Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft“, München, Landsberg, 1992

Gliederung

- I. Prakt. und theoretische Wirtschaftspolitik
- II. Zum Gegenstand von allgemeiner Wirtschaftspolitik und Ordnungspolitik
- III. Träger der Wirtschaftspolitik
- IV. Systematisierung von Zielen und Instrumenten der Wirtschaftspolitik

I. Prakt. und theoretische Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik	
Theorie der WP (wissenschaftl. Disziplin)	Praxis der WP (Prämisse: Pol. Gestaltung ist erwünscht und möglich)
Wer ist Träger der WP?	Lagefeststellung (IST)
Warum verhalten sich pol. Akteure in bestimmter Weise?	Formulierung Ziele (SOLL)
Wie definiert man WP Ziele?	Einsatz geeigneter Instrumente für IST-SOLL-Übereinstimmung
In welcher Beziehung stehen die WP Ziele?	
Welche Instrumente sind dienlich, die WP Ziele zu erreichen?	



- **Institutionen** sind im WiWi Zusammenhang die **Verhaltensregeln im menschlichen Zusammenleben**

Informelle Regeln	Formelle Regeln
Sitten, Gebräuche, Rituale	Moralische Gefühle, Religion, Ideologien, Vernunft
<i>Selbstbindende Regeln</i> Werden eingehalten, weil sie wissen, daß das einen größeren Nutzen hat	Solche, die durch Verträge/Gesetze statuiert und deren Einhaltung vom Staat kontrolliert werden
<i>Bindungsbedürftige Regeln</i> Konfliktrüchtige Interessen werden koordiniert (private formelle Überwachung)	

- Die **Wettbewerbsordnung** aus Walter Eukens' (dt. Ökonom, wichtige Arbeiten nach dem II. Weltkrieg) **traditioneller Ordnungstheorie** ist ins Konzept für die **soziale Marktwirtschaft** eingeflossen
- **Transaktionskosten** sind Kosten der **Koordination von Entscheidungen**
Kosten für **Informationsgewinnung**
Kosten für **Vertragsabschlüsse**
- Dabei ist zu unterscheiden nach **Internen** und **Externen TK**, die sich wiederum in **Ex ante TK** und in **Ex post TK** aufgliedern
- **Individuelle Eigentum**
 - => alle Verfügungsrechte liegen in der Hand einer Person (z.B. eines Handwerksmeisters)
 - => Der Eigentümer trägt die volle Verantwortung für positive und negative Folgen aus dem Eigentum
- **Miteigentum bei AG**
 - => Usus und Abusus liegen beim Vorstand
 - => Usus fructus liegt bei den Aktionären
 - => Principal-Agent-Problem (Aktionäre=P, Vorstand=A)
 - => Das Nutzungsrecht ist „usus“, das Recht an den Erträgen ist „usus fructus“, das Veränderungsrecht ist „abusus“, - zusätzlich gibt es das Recht auf die Übertragung eines Gutes, bzw. das Recht auf Übertragung einzelner Verfügungsrechte über das Gut

4

Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Köln

Arbeitsunterlagen zur Vorlesung:

**Wirtschaftspolitik I
Allgemeine Grundlagen und Ordnungspolitik**

von Prof. Dr. Dres.h.c. Gernot Gutmann

Literatur:

1. Issing, Otmar:
Allgemeine Wirtschaftspolitik
3. Aufl. München 1993
2. Lampert, Heinz:
Die Wirtschafts- und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland
13. Aufl. München, Landsberg/Lech
1997
3. Mändle Eduard:
Praktische Wirtschaftspolitik
Wiesbaden 1977
4. Teichmann, Ulrich:
Wirtschaftspolitik
München 1979
5. Mussel, Gerhard,
Pätzold Jürgen
Grundfragen der Wirtschaftspolitik
3. Aufl. München 1998
6. Gutmann, Gernot:
Volkswirtschaftslehre. Eine ord-
nungstheoretische Einführung
5. Aufl. Stuttgart 1993
7. Hensel, K. Paul:
Grundformen der Wirtschafts-
ordnung. Marktwirtschaft - Zen-
tralverwaltungswirtschaft
4. Aufl. München und Lands-
berg/Lech 1992

Gliederung

I. Praktische und theoretische Wirtschaftspolitik

II. Zum Gegenstand von allgemeiner Wirtschaftspolitik und Ordnungspolitik

- A. Gegenstand der allgemeinen Wirtschaftspolitik
- B. Gegenstand der Ordnungspolitik
 - 1. Begriff und Zweck der Wirtschaftsordnung
 - 2. Traditionelle Sichtweise und moderne Institutionenökonomik

III. Träger der Wirtschaftspolitik

- A. Allgemeine Systematisierung
 - 1. Träger von Einfluß und Entscheidung
 - 2. Nationale und supranationale Hoheitsträger
- B. Träger der Wirtschaftspolitik für die BRD
 - 1. Genereller Überblick
 - 2. Europäische Hoheitsträger
 - a. EG - Einrichtungen
 - b. Europäische Zentralbank
 - 3. Nationalstaatliche Hoheitsträger
 - a. Auf Bundesebene
 - aa. Bundestag und Bundesrat
 - ab. Bundesministerien
 - ac. Selbständige Bundesoberbehörden
 - ad. Parafisci
 - b. Träger auf der Ebene der Länder und Gemeinden
 - 4. Nationalstaatliche Einflußträger
 - a. Banken
 - b. Verbände
 - ba. Verbände mit hoheitlichen Aufgaben
 - (1) Gewerkschaften
 - (2) Arbeitsgeberverbände
 - (3) Kammern
 - bb. Verbände ohne hoheitliche Aufgaben
 - c. Großunternehmen
 - 5. Das Problem der Koordination der Träger
 - 6. Hypothesen zur Motivation der Träger von Wirtschaftspolitik

IV. Systematisierung von Zielen und Instrumenten der Wirtschaftspolitik

- A. Systematisierung von Zielen der Wirtschaftspolitik
 - 1. Quantitative und qualitative Ziele
 - 2. Ordnungspolitische und prozeßpolitische Ziele
 - 3. Zeitpunktbezogene und zeitraumbezogene Ziele
 - 4. Unbedingte und bedingte Ziele
 - 5. Ökonomische und außerökonomische Ziele (Zielhierarchie)
 - 6. Kurzfristige und längerfristige Ziele
- B. Systematisierung von Instrumenten der Wirtschaftspolitik
 - 1. Systematisierungskriterien
 - 2. Kriterium des Sachbereichs

3. Kriterium der Eingriffsintensität
4. Kriterium der Zielrichtung
5. Kriterium der Ordnungs- bzw. Systemrelevanz

V. Grundprobleme der Makro - Prozeßpolitik

- A. Operationale Zieldefinition
 1. Beispiel Vollbeschäftigung
 2. Beispiel Geldwertstabilität
 3. Beispiel stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum
 4. Beispiel außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- B. Problem der Zeitverzögerung (lag - Problematik)
- C. Prognoseproblem
- D. Problem der richtigen theoretischen Basis
- E. Problem der Zielkompatibilität

VI: Grundprobleme der Makro - Ordnungspolitik

- A. Ordnungspolitische Grundkonzeptionen
 1. ORDO - Liberalismus der Freiburger Schule
 2. Soziale Marktwirtschaft
- B. Grundprobleme im Einzelnen
 1. Beispiel Wettbewerbspolitik
 - a. Operationale Definition des Ziels "Wettbewerb"
 - b. Funktionen des Wettbewerbs
 - c. Formen der Wettbewerbsbeschränkung
 - (1) Kollusion
 - (2) Marktmachtbildung durch Kartelle und Konzentration
 - d. Wettbewerbspolitik in Deutschland
 2. Beispiel Geldordnungspolitik
 - a. Elemente der Ordnung des Geldwesens
 - b. Das Grundproblem der Geldordnung in einer Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitik

Theorie der Wirtschaftspolitik (wissenschaftl. Disziplin)

Es ist ihre Aufgabe, herauszufinden

- wer Träger von Wirtschaftspolitik ist, wer also Einfluß auf die Ziele hat,
- warum politische Akteure sich in bestimmter Weise verhalten,
- wie wirtschaftspolitische Ziele adäquat zu **definieren** sind und in welchen **Beziehungen** die Ziele zueinander stehen,
- welche Instrumente geeignet sind, wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen und wie sie wirken und welche (unerwünschten) Nebenwirkungen sie haben können.

Praxis der Wirtschaftspolitik

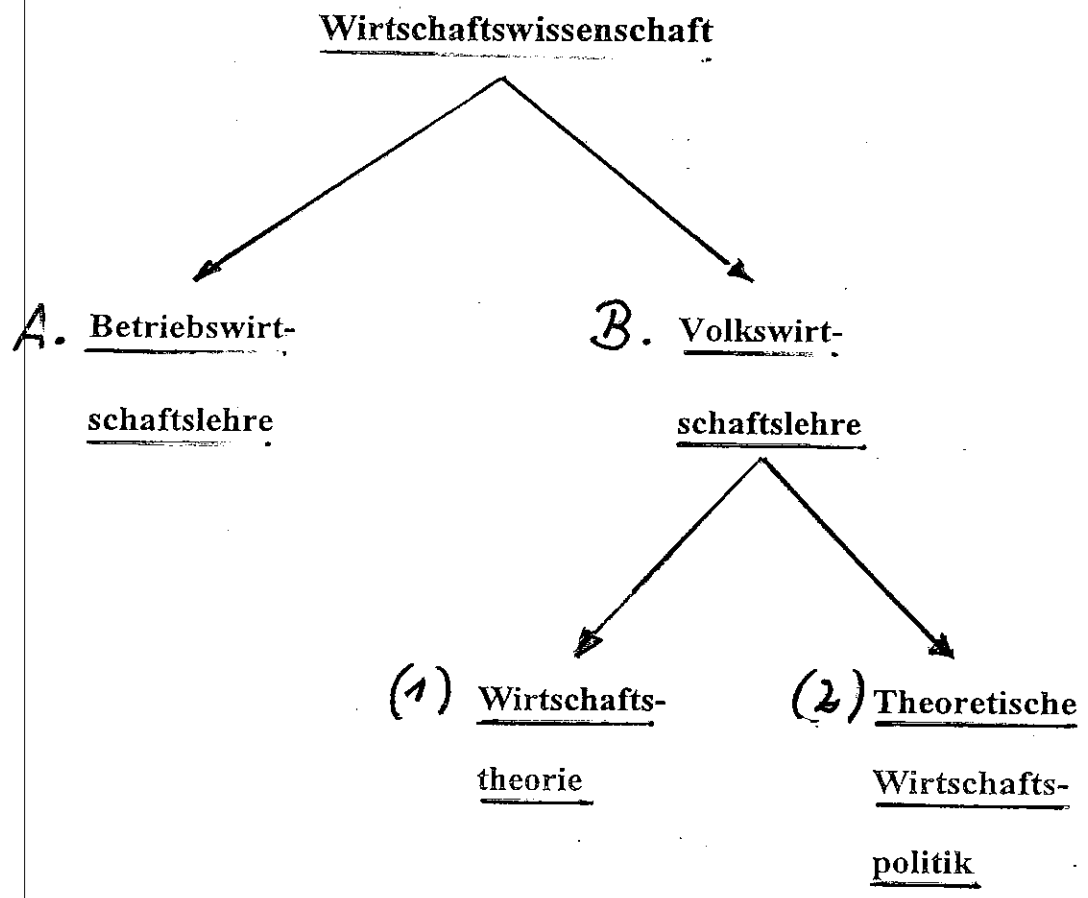
Hier wird in der Realität davon ausgegangen, daß politische Gestaltung des Wirtschaftslebens

- erwünscht ist und
- möglich ist

(daß also das wirtschaftliche Geschehen keinen geschichtlichen Zwangsläufigkeiten unterliegt)

Bei der Praxis der Wirtschaftspolitik ergibt sich als logische Struktur für das Handeln:

- Feststellung der Lage (Ist)
- Formulierung der Ziele (Soll)
- Einsatz von geeigneten Instrumenten um zu erreichen, daß Ist und Soll in Übereinstimmung kommen



(1) Wirtschaftstheorie

Aufgaben: Wirtschaftliche Erscheinungen erklären.

Ordnungs-
theorie

Prozeß-
theorie

Mikro-
ökonomik

Makro-
ökonomik

- z.B.
- Wettbewerbstheorie
 - Geldordnungstheorie
 - property-rights-Theorie
 - Theorie der öfftl. Finanzordnung
- etc.

- z.B.
- Haushaltstheorie
 - Unternehmens-
theorie
 - Preistheorie
 - Theorie der Steuer-
Wirkungen

- z.B.
- Beschäftigungstheorie
 - Konjunkturtheorie
 - Wachstumstheorie
 - Außenwirtschaftstheorie
 - Theorie der Staats-
einnahmen und -ausgaben
 - Theorie der Einkommens-
verteilung

(2) Theoretische Wirtschaftspolitik

Aufgabe: Instrumente entwickeln, die geeignet sind, bestimmte Ziele zu erreichen (=Entscheidungsprognosen) sowie Nebenwirkungen des Instrumenteinsatzes sichtbar machen
(= *Informationsprognosen*)

Ordnungspolitik

Aufgabe: Suche nach geeigneten Instrumenten zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung

z.B.:

- Wettbewerbspolitik
- Geldordnungspolitik
- Eigentumspolitik
- Mitbestimmungspolitik
- Politik der öfftl. Finanzordnung

Prozeßpolitik

Allgemeine

Wirtschafts- politik

Aufgabe: Zusammenhänge zwischen Zielen, Instrumenten und Trägern der Wirtschaftspolitik zu analysieren, wobei **keine** sektoralen oder regionalen Gesichtspunkte beachtet werden müssen.

z.B.:

- Politik zur Stabilisierung des Geldwerts
- Konjunkturpolitik
- Außenwirtschaftspolitik
- Finanzpolitik
- Verteilungspolitik

Spezielle

Wirtschafts- politik

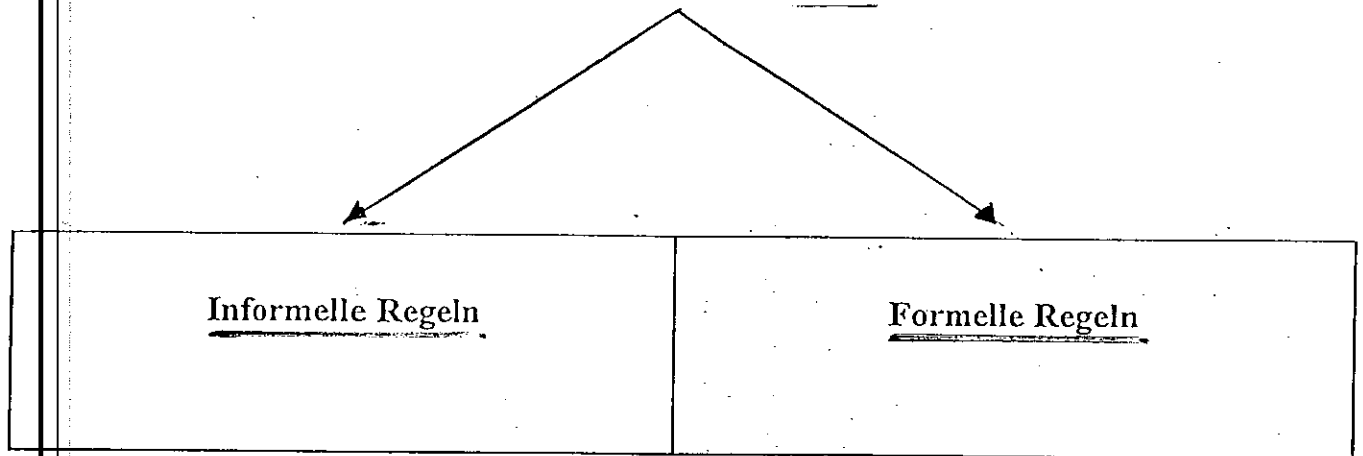
Aufgabe: Zusammenhänge zwischen Zielen, Instrumenten und Trägern der Wirtschaftspolitik zu analysieren, wobei sektoriale oder regionale Gesichtspunkte besonders **berücksichtigt** werden müssen.

(= sektorale und regionale Wirtschaftspolitik)

z.B.:

- Handwerkspolitik
- Industriepolitik (Energie; Werften)
- Agrarpolitik
- Verkehrspolitik
- Politik zur regionalen Wirtschaftsförderung

Ordnung
 = System von Regeln für das Verhalten
 im gesellschaftlichen Zusammenleben
 = System von Institutionen



<u>Selbstbindende Regeln</u>	<u>Bindungsbedürftige Regeln</u>
=solche Regeln, deren Befolgung den <u>gleichgerichteten Interessen</u> aller dienen, konfliktfrei. z.B. Regeln, die aus Sitten, Gebräuchen oder Ritualen entstehen.	=solche Regeln, die <u>konfliktträchtige Interessen</u> koordinieren. Solche Regeln und deren Einhaltung resultieren aus: -moralischen Gefühlen (z.B. Familienbindung) -Religiösem Glauben -Ideologien. -Vernunft

= solche Regeln, die durch Setzung von Recht (Gesetze, Verordnungen etc.) entstehen und deren Einhaltung rechtlich erzwungen werden kann.

Solche Regeln entstehen vor allem aus
 - menschlicher Vernunft, evtl in Verbindung mit
 - moralischen Vorstellungen und
 - ideologischen Überzeugungen

Solche Regeln entstehen aus Kultureller Tradition, Geschichte

Informelle und formelle Regeln in der Wirtschaft
 (Institutionen für die Gestaltung von ökonomischen Transaktionen zwischen wirtschaftenden Menschen)

Informelle und formelle Regeln in den übrigen Bereichen gesellschaftlichen Zusammenlebens
 (Institutionen für die Gestaltung des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens)

Fragestellungen der Ordnungstheorie / Institutionenökonomik

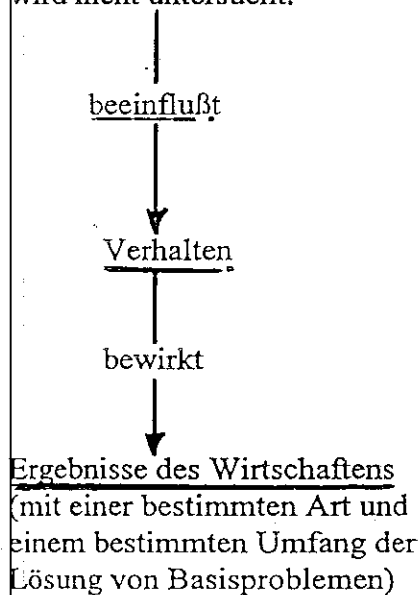
Prämissen:

- Die Menschen orientieren ihr Handeln an ihren Präferenzen unter Beachtung bestehender Beschränkungen, denen ihr Handeln unterliegt. Solche Beschränkungen ergeben sich u.a. aus der Knappheit und aus den bestehenden Ordnungstatbeständen (.z.B. bestehende Rechtsregeln, Regeln aus der kulturellen Tradition)

- Die Menschen bewerten ihre Handlungsmöglichkeiten anhand von Nutzen - Kosten - Überlegungen und sie entscheiden sich dann für jene Handlungsmöglichkeit, die ihnen den höchsten Nutzen zu versprechen scheint (= Rationalverhalten).

Traditionelle Ordnungstheorie

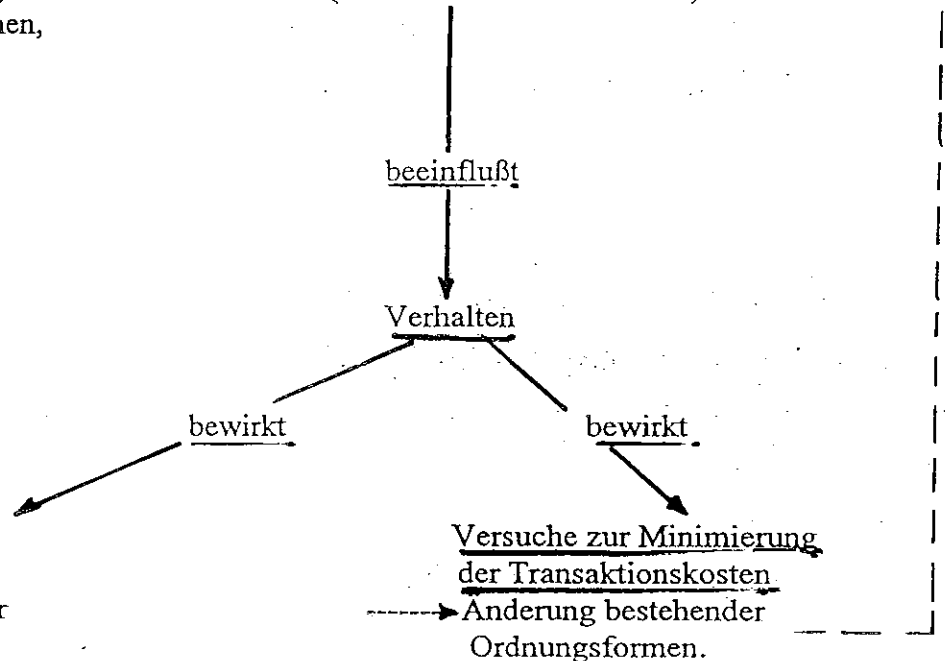
Gegebene Ordnung
(= bestehende Institutionen)
Wie diese Institutionen entstehen, wird nicht untersucht.



Dabei werden Transaktionskosten nicht berücksichtigt

Neue Institutionenökonomik

Gegebene Ordnung
(= bestehende Institutionen)



Dabei werden Transaktionskosten berücksichtigt

Transaktionskosten:

- Kosten der Gewinnung von Informationen
- Kosten für den Abschluß von Verträgen
- Kosten für die Einhaltung geschlossener Verträge

Transaktionskosten (TK)

Externe TK

= Kosten, welche der Gebrauch des Markt-/Preis-“Mechanismus” als Instrument der Koordination von ökonomischen Entscheidungen und Handlungen verursacht.

Interne TK

=Kosten, welche die Koordination von Entscheidungen und Handlungen **innerhalb** eines Unternehmens verursacht, z.B.: Kosten
- des innerbetrieblichen Informationsflusses (Sammeln und übermitteln von Informationen)
- der innerbetrieblichen Kontrolle von Leistungen

Ex ante TK

= Kosten, die **vor** dem Abschluß von Verträgen mit anderen Wirtschaftseinheiten anfallen Z.B.
- Kosten für die Beschaffung von Informationen über die Marktgegebenheiten und über potentiellen Vertragspartner und deren Konditionen (Anbahnungskosten)
- Kosten für das Aushandeln und den Abschluß der Verträge mit anderen Wirtschaftseinheiten.
(Vereinbarungskosten)

Ex post TK

=Kosten, die **nach** dem Abschluß von Verträgen mit anderen Wirtschaftseinheiten anfallen. Z.B.
- Kosten für die Einhaltung von Vereinbarungen durch die Vertragspartner (z.B. für die Qualitätsprüfung des gelieferten Materials.) (Durchsetzungskosten)
- Kosten, die bei Nichteinhaltung der Vertragsinhalte durch die Vertragspartner (z.B. schlechtere als die vereinbarte Qualität von Material oder Arbeitsleistung) entstehen. (Nichteinhaltungskosten)
- Kosten für die nachträgliche Ergänzung und Anpassung der Verträge (Anpassungskosten)
- Kosten, die entstehen, wenn die Anpassung trotzdem nicht gelingt. (Fehlanspassungskosten)

Zwei Beispiele

I. Individuelles Eigentum:

- alle Verfügungsrechte
- das Nutzungsrecht

} → liegen in der Hand einer Person
(Z.B. ein Handwerksmeister)

Dieser Eigentümer hat größtes Interesse an sparsamem Gebrauch der Gegenstände und an Anpassung an die Erfordernisse des Absatzmarktes (Rentabilitätsstreben).

Dieser Eigentümer trägt die volle Verantwortung für die positiven oder negativen Ergebnisse der Ausübung seiner Eigentumsrechte (er trägt sowohl den evtl. Gewinn als auch den evtl. Verlust).

II. Miteigentum in Form einer AG:

- Rechte aus usus und abusus liegen (gem. Satzung und Aktienrecht) beim Vorstand der AG
- Recht auf usus fructus liegt bei den Aktionären.

Hier entsteht ein principal - agent - Problem:

- = principal (= Aktionäre)
- = agent (= der Vorstand)

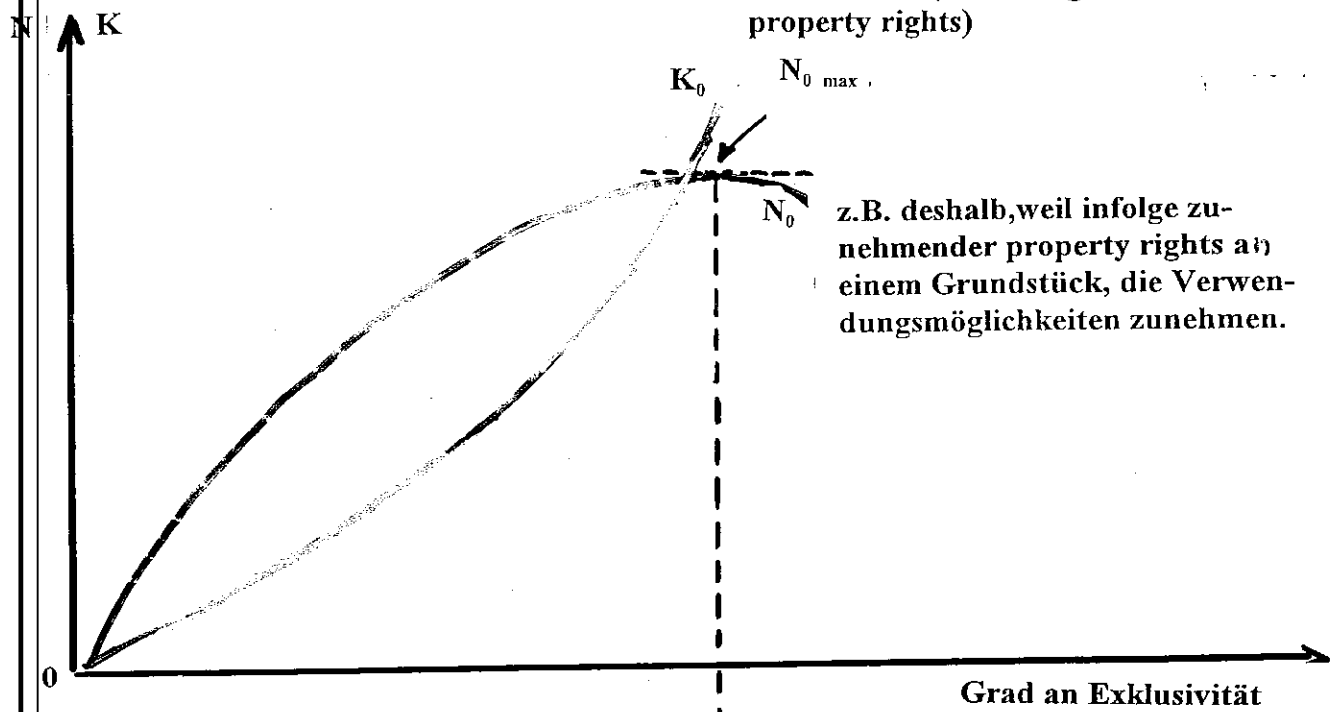
Der agent (Vorstand) hat einen Informationsvorsprung vor den Aktionären (asymmetrische Informationsverteilung), die er dazu nutzen kann, eigene Ziele zu verfolgen, die nicht im Interesse der Aktionäre liegen.

Zur zumindest teilweisen Lösung dieses Problems kennt man:

- Das Setzen von Anreizen (z.B. Tantieme oder eigene Aktien)

- Ausübung von Kontrollen durch:

- = Aufsichtsrat
- = Kapitalmarkt (Kursverfall infolge Abwanderung)
- = Übernahmedrohung (mit der Gefahr des „Auswechselns“ des Vorstandes)



vollständiges Kollektiveigentum

